Fünfmal Todesstrafe, 72 Jahre Zuchthaus und 7 Jahre Gefängnis

Die Strafanträge im Leipziger Spitzelprozeß

Leipzig, den 4. April 1925.

Im Leipziger Spitzelprozeß beantragte heute der Reichsanwalt folgende Strafen: Poege: Todesstrafe, 7 Jahre Zuchthaus, dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Neumann: Todesstrafe, 8 Jahre Zuchthaus, dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Margies: Todesstrafe, 9 Jahre Zuchthaus, dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Szon: Todesstrafe, 4 Jahre Zuchthaus, dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Skoblewski: Todesstrafe, 15 Jahre Zuchthaus, dauernden Verlust der Ehrenrechte. König: 5 Jahre 6 Monate Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust. Diener: 5 Jahre 6 Monate Zuchthaus, 5 Jahre Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Mörsner: 3 Jahre Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust. Meus: 4 Jahre 6 Monate Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust. Meyer: 6 Jahre 6 Monate Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust. Kuhls: 3 Jahre Gefängnis. Hallup: 2 Jahre Zuchthaus. Huke: 3 Jahre Zuchthaus. Intorf: 1 Jahr 9 Monate Gefängnis. Lesnisse: 1 Jahr 9 Monate Gefängnis, Ausstellung des Haftbefehls beantragt. Frau Lesnisse: 10 Monate Gefängnis.

Arbeiter! Nehmt in Betrieben Stellung! Heraus zum Protest gegen die Blutjustiz!

Bezirkstag des Bezirks Ostsachsen

Am Sonnabend, den 4. und Sonntag, den 5. d. M. fand in Freital im Restaurant „Frohe Schicht" der Bezirkstag des Bezirks Ostsachsens der KPD. statt.

Der letzte Bezirkstag fand kurz nach der Aufhebung der Megalitist statt. Der jetzige Bezirkstag, der zwischen den zwei Wahlgängen zur Präsidentenwahl tagte, zeigte deswegen die Entwicklung der Bewegung im Bezirk. Der Bezirkstag gab ein Spiegelbild von der Umstellung der Partei, von der Festigung der Organisation. Die Diskussion und die Berichte zeigten, daß für opportunistische Anschauungen in Ostsachsen kein Boden ist. Die Partei hat auch in Ostsachsen aus dem Oktober von 23 gelernt und mit der theoretischen und taktischen Einstellung der Brandler-Zentrale restlos gebrochen.

Das Referat über die politische Lage und die organisatorischen Aufgaben hielt der Genosse Scholem.

Daß gerade der Genosse Scholem als der Vertreter der Zentrale nach Ostsachsen zum Parteitag kam, zeigt unseren Genossen, aber auch der gesamten sächsischen Arbeiterschaft die Schwindel- und Lügenhetze der SPD. und der „Dresdner Volkszeitung" im hellsten Lichte. Erst vor ein paar Tagen sind wir auf einen Lügenartikel der „Dresdner Volkszeitung", überschrieben „Der gelöpfte Parteihenker", eingegangen. Der „Gelöpfte", der, wie seine Vertretung beweist, immer noch Leiter der Organisationsarbeiten ist, sprach zu den ostsächsischen Genossen. Daraus, daß Genosse Scholem die Organisationsarbeiten leitet, ergibt sich, daß er im Reichstag jetzt nicht als Redner auftritt. Den Bericht über den Bezirkstag bringen wir morgen. Wir drucken heute nur die Resolution über die politische Lage ab.

Resolutionen

zur politischen Lage und den Aufgaben der Partei

Seit Beginn der Verhandlungen über den Plan der Experten (Sachverständigen-Gutachten) gehen die Kämpfe zwischen den Gruppen Bourgeoisie um die Frage: „Wer soll das Sachverständigen-Gutachten durchführen?"

Festgelegt sind im Dawesplan die Lasten, die Deutschland als Folge des verlorenen Krieges zu tragen hat.

Als ein Kolonialvolk soll das deutsche Volk in Zukunft dem Weltimperialismus frohnen.

Freiwillig hat die deutsche Bourgeoisie die Rolle des Sklavenhalters um den Preis der Sicherung ihrer Profite übernommen.

Die Bourgeoisie Deutschlands hofft, daß ihr der Weltkapitalismus für ihre Zwischenmeisterrolle eine gewisse Bewegungsfreiheit gewähren wird. Deshalb kämpfen die Gruppen der deutschen Bourgeoisie um die Führung bei der Erfüllung des gegen das deutsche Volk gerichteten Raubpaktes.

Die Bildung der Regierung Luther bedeutet, daß die deutschnationale Schwerindustrie und das Junkertum die Führung in die Hände genommen haben.

Die Wahl des Reichspräsidenten war ein erneuter Anlaß, den Kampf um die Führung fortzusetzen. Der Tod Eberts führte zu einer Beschleunigung der Auseinandersetzung. Erschwerend für diese Auseinandersetzung wurden jedoch die immer mehr fühlbar werdenden Auswirkungen des Dawespakts, die

die Auslösung großer Wirtschaftskämpfe zur Folge haben.

Im Zeichen der verschärften Kampfes gegen die Arbeiterklasse stand deshalb der erste Teil der Wahl. Die Sonderkandidatur Braun war ein Mittel, **die Arbeiter im Lager der Sozialdemokratie, der treuen Verbündeten der Bourgeoisie zu halten.**

Die schwarz-weiß-rot-goldene Front konnte die Illusionen der Arbeiter noch für sich ausnutzen. **Die Partei setzte der demagogischen Losung — hie Republik, hie Monarchie — nicht mit genügender Schärfe**

die einzige richtige Losung — hie Kapital, hie Arbeit — entgegen, und es gelang ihr nicht, die breiten Massen der Arbeiterklasse um das rote Kampfbanner für den Rätestaat und gegen die monarchistische Dawesrepublik zu sammeln.

Der Mangel an Aktivität innerhalb der Partei leitet zum großen Teil aus der Tatsache her, **daß die Parteigenossen von vornherein einen negativen Erfolg im Auge hatten** und den positiv revolutionären Sinn der Wahlbeteiligung nicht im vollen Ausmaße erkannten.

Das Ergebnis der Wahl führte vielfach zu der Auffassung, daß die Beteiligung an der Wahl falsch sei. **Diese Auffassung entspricht reformistischen Gedankengängen und muß entschieden bekämpft werden.**

In diesem Zusammenhang gilt es, festzustellen, ob:

1. die Politik und Taktik der Partei richtig war,

2. welches die organisatorischen und politischen Mängel der Partei waren.

Die Frage der Richtigkeit der Taktik wird vor allem von der SPD. benützt, um die Reihen der kommunistischen Arbeiter zu zersetzen. Levi schlägt vor, einen offenen Brief an die kommunistischen Arbeiter zu richten, um diese für die Sozialdemokratie zu gewinnen.

Eine aktive Unterstützung erfährt die SPD. bei ihrer Zersetzungsarbeit durch die von der Führung der Partei ausgeschalteten Rechten innerhalb der Partei.

Demgegenüber gilt es, festzustellen,

Linie und Taktik der Partei waren richtig.

Eine Revision dieser Linie würde nicht nur zu denselben Fehlern, die die Partei in schweren Kämpfen überwunden, sondern zur vollständigen Liquidierung der Partei führen.

Festgestellt werden muß, daß die Traditionen, in denen die begangenen Fehler wurzeln, noch nicht so überwunden sind, daß **jedes einzelne Parteimitglied mit der ganzen Kraft seiner** Ueberzeugung den Arbeitern die Richtigkeit und Notwendigkeit der kommunistischen Taktik beweisen konnte.

Aus diesem Mangel ergibt sich auch die Schwäche der organisatorischen Arbeit bei der Erfassung der proletarischen Massen. Hieraus erwächst die zwingende Notwendigkeit, besonders in der jetzigen Situation, wo sich das Proletariat zwischen zwei Wellen der Revolution befindet,

die Herausbildung von starken bolschewistischen Kadern zu schaffen,

die die gewonnene Erkenntnis den breiten Massen einzuhämmern imstande sind.

Die Partei stellt sich im zweiten Wahlgang erneut zum Kampf.

Sie muß bis auf den letzten Mann mobilisiert werden. In aller Schärfe muß den nicht wählenden Arbeitern gezeigt werden, daß jede Stimme, die nicht für die Kommunisten abgegeben wird, **ein plus für die Konterrevolutionäre ist.**

Unsere Losung ist nach wie vor:

Für die Existenz und die Zukunft der Arbeiterklasse!

Gegen die Herrschaft der Volksverderber!

Für das Kampfbündnis der Arbeiter und Bauern!

In diesen Losungen liegt die große politische Bedeutung des Wahlkampfes für die Arbeiterklasse.

In voller Klarheit liegt durch die Kandidaturen im zweiten Wahlgang das Kampffeld vor uns.

Ganz offen stellt sich die SPD. in das Lager des Klassenfeindes und zeigt dem Proletariat ihre erbärmliche Lakaienrolle.

Es muß den Kommunisten gelingen, die breiten Massen der Arbeiterschaft, die dem Sozialdemokraten Braun ihre Stimme gaben, für die rote Klassenfront des Proletariats zurückzugewinnen und hierdurch eine breite Basis für die unausbleiblichen Auseinandersetzungen mit den Dawes-Henkern zu schaffen.

Der Bezirkstag ruft den Parteigenossen zu:

Mit allen Kräften, mit neuem Mut heran an die Aufgaben, die gegenwärtig vor der Partei stehen.

Vorwärts unter dem Banner der Kommunistischen Internationale.

Neuer Bergarbeitermord

Grubenkatastrophe auf der Zeche Mathias Stinnes bei Essen. — 9 Tote, 71 Schwer- und Leichtverletzte. — Her mit der Siebenstundenschicht.

Kaum hat sich die Erde über den 139 Toten der Schlagwetterkatastrophe auf der Zeche „Minister Stein" bei Dortmund geschlossen, so fordert das Kapital schon wieder neue Opfer unter den Bergarbeitern. Neun Tote und über 70 Schwer- und Leichtverletzte sind die neuen Opfer, die durch die Grubenkatastrophe auf der Zeche „Mathias Stinnes" bei Essen am Sonnabend morgen gefordert wurden.

Das Oberbergamt Dortmund gibt über das Unglück folgende Darstellung:

„Auf Schacht 5 der Zechenanlage Mathias Stinnes 1/2 bei Essen ist am 4. April morgens zu Beginn der Seilfahrt der herabgehende, mit etwa 70 Mann vollbesetzte Förderkorb mit hoher Geschwindigkeit auf die Zechensohle gestaucht worden. Von der Besatzung waren bis um 12 Uhr mittags 63 Mann geborgen worden, darunter sind 2 Tote und 46 Verletzte, die in das Krankenhaus geschafft werden mußten, 15 Mann haben sich nach Hause begeben können. Die noch fehlenden Verunglückten befinden sich auf der unteren Etage des Korbes, die stark zusammengedrückt worden ist. An ihrer Bergung wird gearbeitet. Ein Bruch des Förderseils hat nicht stattgefunden, dagegen ist das untere Seil durch den Anprall des herabgehenden unbesetzten Korbes gegen die Seilscheibe gerissen und in den Schacht Schacht gestürzt. Die Ursache des Unglücks steht noch nicht fest. Der Schacht ist 650 Meter tief. Die Fördermaschine ist eine moderne Dampffördermaschine, die erst etwa sechs Monate in Betrieb ist. Die amtliche Untersuchung des Falles ist im Gange.

Wie von der Verwaltung der Zeche Mathias Stinnes mitgeteilt wird, beträgt die Gesamtzahl der bei dem Grubenunglück ums Leben gekommen Bergleute neun, wovon einer noch nicht geborgen werden konnte."

Die Hamburger Verkehrsarbeiter halten aus.

Hamburg, 5. April. Die Verhandlungen zur Beilegung des Verkehrsstreiks **sind gescheitert.** Der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums ist nach Berlin zurückgekehrt, um dem Minister Bericht zu erstatten und ihm, wie es heißt, die Entscheidung über die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches der Schlichtungskammer zu unterbreiten. Wie verlautet, **würde aber eine Verbindlichkeitserklärung von den Streikenden als einseitige Maßnahme betrachtet werden, der sie schärfste Opposition entgegensetzen würden.**

Ueber die Ursache des Unglücks setzen nunmehr die berühmten amtlichen Untersuchungen ein, bei denen bekanntlich nie etwas für die Unternehmer Belastendes herauskommt. Sind doch die Untersuchungsbehörden meist in solchen Fällen Richter in eigener Sache. Die Berghehörden arbeiten im engsten Einvernehmen mit den Zechenverwaltungen. Jede Maßnahme, die infolge Unkosten oder Zeitverlust bei den Zechenverwaltungen auf Widerstand stößt, wird auch von den Berghehörden nicht gegen die Unternehmer durchgekämpft.

Interpellation der Kommunisten.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat deshalb am Sonnabend im Reichstag folgende Interpellation eingebracht:

Trotz der schweren Katastrophe auf der Zeche Minister Stein, die allein 139 Tote zur Folge hatte, wird die rücksichtslose Ausbeuterpolitik der Grubenkapitalisten im Bergbau in gesteigertem Maße fortgeführt, die Kontrolle der Betriebssicherheit in den Gruben durch die Betriebsräte immer weiter sabotiert, so daß sich die Unglücksfälle im Bergbau in den letzten Wochen außerordentlich vermehrt haben.

Am 4. April haben wieder durch das Unglück auf der Schachtanlage 5 der Zeche Mathias Stinnes in Kanap bei Essen zahlreiche Bergarbeiter ihr Leben lassen müssen.

Trotz aller Versprechungen der Reichs- und Landesregierungen steigert sich die Unsicherheit in den Bergbaubetrieben in erschreckendem Maße.

Ist die Reichsregierung endlich gewillt, wirklich durchgreifende Maßnahmen zum Schutze des Lebens der gefährdeten Bergarbeiter zu ergreifen? Ist sie insbesondere gewillt, durch Wiedereinführung der Siebenstundenschicht unter Tage und Auszahlung der von den Bergarbeitern geforderten Löhne die Arbeitskraft und Widerstandsfähigkeit der Bergarbeiter zu sichern?

Ist die Regierung endlich gewillt, durch den Ausbau der Rechte der Betriebsräte und insbesondere durch den Ausbau der Kontrolle der Betriebssicherheit das Leben der Bergleute zu schützen?"

Außerdem hat die kommunistische Fraktion ihren, aus Anlaß der Katastrophe auf „Minister Stein" eingebrachten Antrag auf **Einsetzung einer Untersuchungskommission** von 18 Mitgliedern zur Untersuchung der Ursachen der sich immer mehr häufenden Grubenunfälle erneut eingebracht. Unsere Genossen verlangen, daß zu dieser einzusetzenden Kommission 18 in den Gruben tätige Bergleute hinzugezogen werden.

Die fortgesetzten Unfälle sind lediglich das Ergebnis des furchtbaren Antreibersystems unter der Herrschaft des Dawes-Kapitals. Kein Tag vergeht, an dem nicht aus dem ganzen Reiche zahllose Arbeiterunfälle gemeldet werden. **Die neuen Opfer der Grubenkatastrophe bei Essen müssen für die gesamte Arbeiterklasse der Ansporn zu neuem verstärktem Kampfe gegen das Dawes-System sein.**

Marx Volksgemeinschaft

Der Staatsgerichtshof schreibt den Blutterz d..zu.

In der heutigen Besprechung der Vertreter der im Volksblock vereinigten Parteien erklärte sich Reichskanzler a. D. Wilhelm Marx zur Annahme der Reichspräsidentschaftskandidatur **dankend bereit und betonte, daß ihm dieser Entschluß nicht leicht geworden sei.** Wir glauben ihm das gern. Im übrigen gruppierte sich die Kundgebung des Kandidaten der SPD. um den Gedanken der „Volksgemeinschaft" von den Deutschnationalen bis Crispien. Nichts von dem: **Nieder mit dem Rechtskurs!**, mit dem der „Vorwärts" seine Leser **einseifen möchte. Marx erklärte vielmehr: „Solange ich politisch tätig bin, ist es immer mein Ziel und Streben gewesen, unser so tief zerrissenes Volk zu gemeinsamer Arbeit am Wohle des Vaterlandes zusammenzuführen. Mein Glaube, daß sich das deutsche Volk nicht nur im Kriege, sondern auch im Frieden als eine unlösliche Schicksalsgemeinschaft einmal erkennen, fühlen und betätigen wird, ist so unerschütterlich, wie mein Vertrauen auf Deutschlands Zukunft."**

Natürlich fehlen auch nicht die nötigen **Phrasen über** Gerechtigkeit, Demokratie und Freiheit. Wie es in Wirklichkeit um diese Dinge bestellt ist, beweisen die **Todesurteile, die in Leipzig** vom Staatsgerichtshof gefällt werden sollen! Das ist der Kandidat der SPD.!

Welcher ehrliche Proletarier kann diesem Manne seine Stimme geben? Keiner!

Nur der kommunistische Kandidat ist der Mann des arbeitenden Volkes!

Die Hamburger Arbeiter am Grabe der Revolutionskämpfer

Hamburg. In den frühen Morgenstunden marschierten große Massen von Arbeitern nach dem Bahnhof Fuhrplatz. Gegen 6—7000 Arbeiter nahmen an der Demonstration teil. Auf den Straßen nahmen große Menschenmassen Aufstellung. Auf dem Marktplatz sprach Genosse Thälmann. In einer wuchtigen Ansprache gedachte er der Märzgefallenen und ermahnte er die Proletarier, den Kampf der Rächung der ermordeten Kämpfer und den Sturz der heutigen Gesellschaftsordnung aufzunehmen. Nach der Kundgebung nahmen die Demonstrierenden den Weg nach Tellum. Unterwegs bekam der Zug der Demonstrierenden noch dauernd Zustrom von Roten Jungsturm und Roten Frontkämpfern, die von auswärts auf Lastautos angekommen waren. Auf dem Friedhof sprach ein Reichstagsabgeordneter, ein Landtagsabgeordneter, sowie Genosse Thälmann.

Die Beerdigung des Genossen Karski

Berlin, 6. April. (Eigener Drahtbericht.) Dem Rufe der Kommunistischen Partei, dem toten Genossen Karski das letzte Geleit zu geben, waren Tausende von Berliner Arbeitern und Arbeiterinnen gefolgt. Sie sammelten sich in den einzelnen Stadtteilen und marschierten zum Friedhof Friedrichsfeld. An der aufgebahrten Urne sprach Genosse Pieck, Eberlein, ein Pole und ein Genosse der Roten Hilfe. Nach dem gemeinsamen Gesang der Internationale zogen die Massen an der Urne vorbei. Zehntausende marschierten danach nach dem Friedhof der Märzgefallenen.

Polizeiüberfall auf die Polizei in Düsseldorf.

Am Sonnabend veranstaltete die Polizei in den Räumen der Kommunistischen Partei eine Haussuchung. Angeblich suchte man nach verbotenen Broschüren.

Der Bankerott des Reichsbanners

Berlin, 6. April. (Eigener Drahtbericht.) Das Reichsbanner Gau Groß-Berlin hatte gestern zu einer Kundgebung in Charlottenburg aufgerufen. Erschienen waren nach eigener Meldung 3—4000, in Wirklichkeit also höchstens 2500. Hörsing hielt eine inhaltlose Bannerrede. Bei der Demonstration gab es ständig Reibereien mit dem Publikum. Bei einer Prügelei mit den Völkischen provozierte berittene Schupo die Prügelnden und verletzte einige Reichsbannerjünglinge. Das Reichsbanner hat in Groß-Berlin abgewirtschaftet. Das bewies der überaus klägliche Aufmarsch.

Der Aufstand in Südwestafrika

„Morning Post" meldet aus Kapstadt, daß auch unter den Hereros in der Gegend von Windhuk, die ungefähr 50 000 bis 60 000 Köpfe stark seien, Unruhen entstanden seien. Die Regierung werde dafür sorgen, daß eine ausreichende Polizeitruppe entsandt werde, um die Angehörigen des Rehobothstammes, die für die Unruhen verantwortlich seien, zu verhaften. Möglicherweise würde dies einigen Menschen den Kopf kosten.

SLUB
Wir führen Wissen.